

Zeitschrift:	Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Herausgeber:	Schweizerischer Gewerkschaftsbund
Band:	10 (1918)
Heft:	2
Rubrik:	Volkswirtschaft

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 21.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

dennnoch nicht einmal die Höhe pro 1913/14 erreicht. Wenn man bedenkt, dass die Beteiligten zu diesen windigen Lohnansätzen noch durchschnittlich 60 Tage arbeitslos waren, wird man sich nur schwer einen Begriff machen können, wie diese zum grössten Teil verheirateten Arbeiter unter den heutigen Verhältnissen überhaupt noch leben können.

Laut Bericht des Verbandssekretariates wurden 1917 §2 *Lohnbewegungen* durchgeführt, von denen vier zu ein- bis viertägigen Streiks, eine zur Sperre führte. Die Bewegungen verteilten sich auf 35 Orte und 114 Betriebe, Beteiligte waren 1184; in 30 Fällen handelte es sich um Lohnerhöhungen. In acht Fällen wurden neue Verträge abgeschlossen. Mit vollem Erfolg endeten 28 Bewegungen, mit teilweisem drei und nur eine Bewegung verlief erfolglos. In sechs Fällen wurde eine Lohnerhöhung von 5 %, in zwölf 10 %, in sieben 15 %, in sechs 20 % und in einem Falle über 20 % erreicht. Die Erhöhungen betragen wöchentlich 8285 Fr. pro Mann und Woche, also durchschnittlich 7,92 Fr.



Volkswirtschaft.

Die Versorgung der Schweiz mit Milch und Milcherzeugnissen. Im Auftrage des schweizerischen Volkswirtschaftsdepartements hat die eidgenössische Zentralstelle für Milch eine Uebersicht über die Milchproduktion in den Jahren 1911–1917 herausgegeben und zugleich die Aussichten für das Jahr 1918 erörtert.

Während in den Jahren 1914–1916 die Milchproduktion eine genügende war, so dass die Bevölkerung mit frischer Milch sowie Milchprodukten jeweilen gut versorgt werden konnte, änderten sich diese Verhältnisse im Jahre 1917, wo eine wesentliche Verschlimmerung der Lage eintrat. 1914 betrug die gesamte Milcherzeugung 27,7 Millionen q, 1915 26 und 1916 25,6 Millionen q, um dann 1917 plötzlich auf 21,8 Millionen q zu sinken. Da der Verbrauch der landwirtschaftlichen Bevölkerung sowie das zur Viehaufzucht benötigte Quantum gleichblieb, trat selbstverständlich in der erhältlichen Menge freibleibender Milch eine Reduktion ein, die nicht weniger als 3,600,000 q ausmachte. Das bewirkte sogleich eine Verminderung des Verbrauchs an Konsummilch und einen Rückgang der Käseproduktion. Die Verhältnisse wurden namentlich kritisch gegen Ende des Jahres.

Der Bericht führt dieses auffallende Minus an produzierter Milch auf den Mangel an Kraftfuttermitteln, der die Tiere schwächte, zurück, fügt aber vorsichtigerweise hinzu, «dass der im Jahre 1916 noch sehr starke Kuhbestand im Jahre 1917 zweifellos vermindert worden sei». Und gerade dieser letztere Umstand dürfte es auch sein, der den Rückgang zur Folge hatte. Bei den enormen Fleischpreisen sahen die Bauern eine bessere Verwertung ihrer Viehhabe in der Schlachtung und vorab der Ausfuhr des mit Milch aufgefütterten Viehs. Die Milch wurde so dem Konsum doppelt entzogen — einsteils durch die Verfütterung ans Vieh, andernteils durch die Verminderung des Kuhbestandes. Das lag zwar nicht im Interesse des Volksganzen — aber beim Geldsack hört der Patriotismus der Agrarier natürlich auf.

Nach sorgfältiger Berechnung aller in Betracht fallenden Faktoren kommt nun der Bericht zu dem Schluss, dass auf 1918 eine neue wesentliche Verminderung der Milchproduktion zu erwarten sei. Gegenüber 21,8 Millionen q 1917 dürften bloss zirka 19 Millionen q Milch erzeugt werden, was bei gleichbleibendem Verbrauchsquantum der Viehbesitzer eine einschneidende Verminderung der freibleibenden Milch zur Folge haben müsste. Um mit den vorhandenen $11\frac{1}{2}$ Millionen q auskommen zu können, müsste auf allen Gebieten eine wesentliche

Einschränkung des Milchverbrauches Platz greifen. An Konsummilch dürften pro Kopf und Jahr 200 kg verbraucht werden, wobei zur technischen Verarbeitung 5,7 Millionen q übrigbleiben.

Um nun einen weiteren Rückgang der Milcherzeugung möglichst aufzuhalten, schlägt der Bericht vor: 1. Einfuhr und Verteilung von Futtermitteln und eine *Preisfestsetzung für landwirtschaftliche Erzeugnisse, welche für die Kuhhaltung und Milchlieferung mindestens ebenso günstig ist wie für die andern Produktionseinrichtungen, insbesondere die Fleischerzeugung*.

2. Die weitere *Beschränkung*, eventuell völlige Unterbindung der *Ausfuhr von Milch und Milchprodukten*.

3. Die allgemeine *Rationierung* pro 1918, wobei pro Person täglich 0,5 kg Milch sowie pro Monat 200 g Butter und 400 g Käse zugeteilt werden könnten. Für Viehbesitzer wäre die Ration an Milch etwa um das Doppelte, an Käse und Butter etwa um 50 Prozent höher anzusetzen.

Das sind also ganz tröstliche Aussichten. Ob freilich die Arbeiterschaft mit der unter Punkt 1 vorgesehenen Lösung einverstanden sein wird, ist eine andere Frage. Statt den Bauern durch Festsetzung von vernünftigen Fleischhochstpreisen ihren Profit an der Fleischerzeugung etwas herabzumindern, gedenkt man einfach, die Preise für Milch und Milchprodukte so «festzusetzen» oder, besser gesagt, heraufzuschrauben, dass die Herren Agrarier doch ja so patriotisch sind und das Land mit Milch versorgen. Wenn schon eine *amtliche Schrift* derartige Ansichten äussert, dann braucht es einen nicht zu wundern, wenn die Bauern von einem Milchpreis von 50 Rappen träumen.

Man verstecke sich doch nicht hinter die Ausrede, es gäbe kein Mittel, die Bauern zur Milchproduktion zu zwingen! Wenn es gegen die Arbeiterschaft geht, da hat der Bundesrat sogleich alle Pressionsmittel zur Hand, den Agrariern gegenüber jedoch getraut man sich nur mit Glacéhandschuhen vorzugehen.

Die Arbeiterschaft wird für alle Fälle auf ihrem Posten stehen müssen!



Aus Unternehmerveränden.

Zentralverband schweizerischer Arbeitgeberorganisationen. Die Zahl der Mitgliedschaftsverbände hat sich durch den Beitritt des kantonalbernischen Uhrenfabrikanten-Verbandes auf 14 erhöht. Der Bericht bespricht die allgemeine Lage und konstatiert, dass die starke Nachfrage nach Arbeitern, die stets wachsende Teuerung und die damit zusammenhängende Unzufriedenheit ein starkes Steigen der Löhne verursachten. Dank dem weitgehenden Entgegenkommen der meisten Arbeitgeber, die nach Möglichkeit die Lohnforderungen «ihrer Leute» zu erfüllen trachteten, konnten Arbeitsniederlegungen grösseren Umfangs vermieden werden. — Hat sich was mit dem «Entgegenkommen». Es wurde merkwürdigerweise immer nur dort gezeigt, wo die Herren wussten, dass die Arbeiterschaft stark genug wäre, es zu erkämpfen.

Aus dem Gewerbeverein. Die «Schweiz. Gewerbezeitung» begrüßt die auf Neujahr 1918 herausgekommene *Submissionsverordnung* bei der Direktion der eidgenössischen Bauten und hofft, sie werde gewerbefördernd wirken, indem nach und nach beim Bund eine Submissionspraxis Platz greift, die dem Wohl des bedrängten Gewerbestandes und seiner Arbeiterschaft dient.

Auch wir hoffen das, können aber die Bemerkung nicht unterdrücken, dass es bis jetzt die Herren Gewerbetreibenden selbst waren, die jeweilen bei Submissionen sich gegenseitig unterboten was das Zeug hielten und dann den Anlass benutztet, die Löhne der Arbeiterschaft zu drücken.